Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5305

04. 06. 76

Sachgebiet 2030

Antrag

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Verordnung (EWG, EGKS, Euratom) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 zur Festlegung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten dieser Gemeinschaften

Vorschlag einer Verordnung (EWG, EGKS, Euratom) des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften
— Drucksache 7/2328 —

A. Problem

Seit der ersten großen Revision des Statuts vom 30. Juni 1972 hat sich herausgestellt, daß der derzeit geltende Text eine Reihe von Lücken aufweist, die ausgefüllt werden müssen. Außerdem wird die Verbesserung und Ergänzung einiger Statutsbestimmungen vor allem in technischer Hinsicht und im sozialen Bereich erforderlich.

B. Lösung

Einzelvorschriften der sozialen Sicherheit, der Altersversorgung, der Arbeitszeitregelung, der Laufbahngestaltung, der Urlaubsgewährung sowie der Zahlung von besonderen Vergütungen, Zulagen und Reisekosten sollen in das Statut eingefügt bzw. verbessert werden.

Als bedeutsame Grundsatzangelegenheit ist der Vorschlag zur Anerkennung des Streikrechtes für EG-Beamte und zur Regelung seiner Ausübung anzusehen, gegen den sich jedoch die Delegationen in der Gruppe Statut mehrheitlich — außer Frank-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad-Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

reich und Italien — ausgesprochen haben. Diese Frage wird daher auf Gruppenebene innerhalb des Rates nicht mehr erörtert werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der Bundeshaushalt wird nicht unmittelbar belastet.

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Vorschlag der Kommission wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, sich nachdrücklich Bestrebungen zu widersetzen, im Wege der Statutsrevision das Streikrecht für EG-Beamte einzuführen.

Bonn, den 3. Juni 1976

Der Innenausschuß

Dr. Schäfer (Tübingen)

Vorsitzender und Berichterstatter